Preis 0,10 RM.

Amtliches Mitteilungsblatt

des Stadt- und Landkreises Bielefeld

Herausgegeben mit Genehmigung der Militärregierung unter NRW / Pric / Press / 43 vom 23. Dezember 1946.

Nr. 40 | Bielefeld, den 6. Dezember 1947 | Erscheint sonnabends

Gegen Korruption, für saubere Verwaltung

Die Ratsherrensitzung vom 3. Dezember 1947

Oberbürgermeister Ladebeck machte zu Beginn der Ratsherrensitzung eine Reihe von Mitteilungen. Von öffentlichem Interesse ist vor allem eine Spende von Schweizer Seite in Höhe von Fr. 10 000 für den Ankauf von Rohbaumwolle für die Städte Bielefeld und Herford. Es sollen aus dem Rohmaterial in Deutschland Windeln für Säuglinge angefertigt werden, und zwar ist dabei so zu verfahren, daß die Unternehmer zum Selbstkostenpreis, also ohne Gewinn, arbeiten. Die bestimmungsgemäße Verwendung der Spende muß behördlich garantiert werden. Für die Durchführung der Hilfsmaßnahmen im Sinne der Spender übernehmen die Oberbürgermeister von Bielefeld und Herford sowie Staatsminister a. D. Severing die Verantwortung. Weiter konnte der Oberbürgermeister, der kürzlich in der Schweiz weilte, von Hilfsmaßnahmen des Schweizer Arbeiterhilfsvereins für Deutschland berichten. Wahrscheinlich wird eine Schweizer Stadt eine Art Patenschaft für Bielefeld übernehmen.

Einen breiten Raum nahm in der Sitzung ein ausführlicher Bericht des Oberbürgermeisters über die Mißstände in der

Versorgung mit bezugsbeschränkten Waren

ein. Obwohl bei den Bielefelder Einzelhändlern reichlich Verbrauchsgüter lagern, ist die Zuteilung an Bezugsmarken so gering, daß auch nicht der allerdringlichste Bedarf befriedigt werden kann. Etwa 3500 Bielefelder verfügen nicht über zwei Bettdecken, aber bei einer einzigen Bielefelder Firma sind 1500 Decken auf Lager. Die Ermittlungen in den Bielefelder Schuhgeschäften ergaben einen Bestand von 2500 Paar Schuhen. Wegen des in zahlreichen Familien so dringend benötigten Ofenrohrs, das ebenfalls in ziemlichen Mengen auf Lager ist, aber mangels Bezugsmarken nicht verkauft werden darf, sind sehr energische Vorstellungen beim Wirtschaftsministerium erhoben worden. In einer Konferenz wurden die Proteste Bielefelds voll anerkannt, nur wurde dem Oberbürgermeister bedeutet, er hätte sich an die falsche Adresse gewandt, er hätte sich an das Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden wenden müssen. Oberbürgermeister Ladebeck konnte noch eine Reihe von Beispielen aus der Praxis für die geradezu unerträglich gewordenen Verhältnisse geben. Bielefeld sei bisher einen sauberen und anständigen Weg gegangen und habe sich trotz mancher Verlockung von Kompensations- und Schiebergeschäften ferngehalten. Das sei fernerhin nur möglich, wenn von oben Sauberkeit gewollt wird. Man solle uns das klar und offen sagen. Wir würden uns danach richten. Die Ratsherren nahmen dazu einstimmig folgenden Beschluß an:

1. Die Stadtvertretung stellt fest, daß bei der Verteilung bezugsbeschränkter Waren jede ordnungsmäßige Lenkung durch die übergeordneten Stellen fehlt. 2. Die Stadtvertretung verlangt vom Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und vom Verwaltungsamt für Wirtschaft eine eingehende Klarstellung der Ursachen und die bindende Zusage einer Abstellung der Mißstände. 3. Die Herren Abgeordneten aus der Stadt Bielefeld werden gebeten, im Landtag und bei der Landesregierung für die Abstellung der Mißstände einzutreten. 4. Falls eine Aenderung durch die übergeordneten Stellen nicht möglich ist, kann auch von der Verwaltung auf der untersten Ebene nicht mehr erwartet werden, daß sie die bestehenden Gesetze und Verordnungen einhält und zur Durchführung bringt."

Im späteren Verlauf der Sitzung wurde ein Ausschuß zur

Bekämpfung und Behebung der Korruption

gebildet, der aus folgenden Mitbürgern besteht: Trautschaut (SPD), Gröppel (CDU), Roth (KPD), Allert (Zentrum), Biegel (FDP), Hülsewege (Gewerkschaften). Zum Geschäftsführer des Ausschusse wurde Stadtinspektor Bohnenkamp vom Wirtschaftsamt bestellt.

Ratsherr Horstkötter hatte angefragt, ob die Beleuchtung eines Konzert-Cafés in der Bahnhofstraße mit den Stromsparmaßnahmen im Einklang stehe. Der Oberbürgermeister teilte die Feststellung der Stadtwerke mit: die Beleuchtung mit 13 Kronleuchtern mit 5 Glühbirnen zu je 40 Watt und 14 Wandarmen mit je einer Glühbirne zu 40 Watt sei bei der Raumgröße von 208 qm als normal zu bezeichnen.

Nachdem die

Arbeit der Entnazifizierungs-Hauptausschüsse

auf die Erledigung von Einzelfällen beschränkt wurde, beauftragten die Ratsherren die Verwaltung, eine mögliche Einschränkung der Verwaltungsbüros und alle weiteren notwendigen Maßnahmen mit Zustimmung des Hauptausschusses zu veranlassen. In der Frage des Polizeihaushaltes soll der Polizeiausschuß darauf hingewiesen werden, daß er nunmehr die volle Verantwortung für die Bewirtschaftung des Haushaltes der Polizei übernimmt, ferner daß auch der Polizeiausschuß an die Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen gebunden ist und hinsichtlich der gesamten Wirtschaftsführung der Kontrolle des Rechnungsprüfungsamtes untersteht.

Als bedauerlich bezeichnete Oberbürgermeister Ladebeck, daß er Mitteilung machen müsse von der

Fragebogenfälschung

eines nach Bielefeld zugewanderten und hier angestellten Dipl.-Handelslehrers, der verschwieg, daß er seit 1935 der SA und seit 1937 der NSDAP. angehörte. Der Betroffene hat die Fälschung zugegeben und hat sie mit Nervenzerrüttung erklärt. Er, der Oberbürgermeister, habe entschieden, daß dieser Mann, der als Erzieher der Jugend nicht geeignet ist, sofort zu entlassen sei. Die Ratsherren gaben nachträglich ihre Zustimmung.

Nach diesem reichhaltigen Auftakt beschlossen die Ratsherren unter Punkt 3 der Tagesordnung die

Feststellung des Schadens

vor Abbruch bombengeschädigter Gebäude.

Seitens des Kriegsschädenamtes ist wiederholt festgestellt worden, daß bombenbeschädigte Eigentümer von Grundstücken, deren Gebäudeschäden durch das hiesige Kriegsschädenamt bislang nicht ermittelt werden konnten, Abbruchsarbeiten im Zuge der Trümmerbeseitigung, Sofortmaßnahmen und des darauf folgenden Wohnungsnotbauprogramms 1946 bereits vorgenommen haben und auch noch weiter vornehmen, ohne das Kriegsschädenamt hierüber vorher in Kenntnis gesetzt zu haben, trotzdem die geschädigten Eigentümer schon mehrere Male durch die Tagespresse und das „Amtliche Mitteilungsblatt" zur Anmeldung hierzu aufgefordert waren. Durch diese Unterlassung der Nichtfeststellung des Schadens durch einen Architekten in Verbindung mit dem Kriegsschädenamt ist eine ordnungsmäßige Ermittlung der genauen Schadenshöhe und der noch auf der Schadensstelle vorhanden gewesenen Baumaterialien unmöglich gemacht.

Im Interesse aller Geschädigten ist es unbedingt erforderlich, daß die beabsichtigten Abbrucharbeiten und auch Instandsetzungsarbeiten vor der Inangriffnahme der technischen Abteilung beim hiesigen Kriegsschädenamt — Wertherstr. 3, Zimmer 5 — rechtzeitig gemeldet werden, damit diese Fälle im Zuge der Schadensermittlung durch das Kriegsschädenamt bevorzugt abgewickelt werden können.

Die betreffenden Grundstückseigentümer werden letztmalig aufgefordert, soweit sie mit den oben angeführten Arbeiten bereits begonnen haben, die erforderliche Anzeige unverzüglich nachzuholen. Die Unterlassung einer diesbezüglichen Anzeige erschwert die Beweissicherung seitens des Kriegsschädenamtes wesentlich und außerdem haben die Geschädigten nur Unannehmlichkeiten.

In diesem Zusammenhang wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der Schadensersatzanspruch von einer ordnungsmäßigen Beweissicherung abhängig ist und evtl. zur Ablehnung gelangt.

Stadt Bielefeld
Feststellungsbehörde.

Wichtig für Raucher

Die Stammabschnitte der jetzt zur Verteilung kommenden Raucherkarte Nr. 4 sind vom Verbraucher für eine in Aussicht stehende Sonderzuteilung aufzubewahren.

Umtausch der Bezugsmarken

für Spinnstoffe.

Die am 1. 12. 1947 ungültig gewordenen unbelieferten Bezugsmarken für Spinnstoffe können nach folgendem Plan in unseren zuständigen Bezirksstellen in die jetzt gültigen Punktmarken umgetauscht werden: A—B: 8. bis 10. 12. 1947; C—D: 11.—12. 12. 1947; E bis F: 13. 12. 1947; G—H: 15.—16. 12. 1947; K—L 17.—19. 12. 1947; M—N: 20. 12. 1947; O—S: 22. 12. 1947; Sch—U: 23. und 27. 12. 1947; V—Z: 29.—31. 12. 1947. Umgetauscht werden nur die Bezugsmarken A, jedoch müssen auch unbelieferte B.-Marken zwecks Berichtigung der Kartei zurückgegeben werden.

Wirtschaftsamt der Stadt Bielefeld.

Beachtet den Berufstätigenverkehr der Straßenbahn in der Zeit von 7—8 und 16—18 Uhr. Ihr erspart Euch und anderen Ärger

Annahme eines Vermächtnisses

der im Februar vorigen Jahres verstorbenen Wwe. Paula Janzen geb. Schroeder. Frau Janzen hat ihr erhebliches Vermögen testamentarisch für verschiedene Verwandte, für die Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde und die Petrigemeinde und den größeren Teil (ein Hausgrundstück und Sparguthaben im Gesamtwert von 138 000 RM.) für „Arme und Bedürftige" bestimmt. Die Erbschaft wird der Stadt zwar von den beiden Kirchengemeinden streitig gemacht mit der Begründung, die Erblasserin hätte die Armen und Bedürftigen der Kirchengemeinden gemeint, doch soll der Erbanspruch der Stadt bzw. des Städt. Fürsorgeverbandes nach dem Beschluß der Ratsherren notfalls gerichtlich durchgefochten werden.

Für den Neuaufbau der Adremaanlage nebst Kartei wurden 37 500,— RM. nachbewilligt. Stadtkämmerer Carlmeyer begründete sodann für den verhinderten Berichterstatter Ratsherr Will die Vorlage über den

Erlaß der Grundsteuer 1944/46

für zerstörten oder beschädigten Grundbesitz. Es handelt sich dabei um bisher gestundete Steuerbeträge, die als tote Posten auf dem Steuerkonto das Abschlußbild des Etats verfälschten. Durch den Erlaß, der einen Verzicht auf die Steuer darstellt (im Gegensatz zur Niederschlagung), ist eine endgültige Regelung geschaffen. Rund 200 000 RM., die von besonders ehrlichen Steuerzahlern bereits erlegt worden sind, werden zurückgezahlt.

Ratsherrin Triem gab ihrer Freude und Genugtuung über die

Wiedereinrichtung eines Kindergartens

im Hause Carl-Hoffmann-Str. 18 Ausdruck. Der früher von der „Freien Scholle" und später von der NSV. betriebene Kindergarten wird nach Abschluß des Mietvertrages mit der „Freien Scholle" nunmehr von der Stadt getragen und soll auch der Ausbildung von Kindergärtnerinnen dienen. Zur Leiterin wurde Frau Eikmeier bestimmt.

Für die vom Regierungspräsidenten im kommenden Sommer geplante „Woche der Jugend" bewilligten die Ratsherren einen Beitrag von 3000 RM.

Daß Behörden nicht mit schlechtem Beispiel, in diesem Falle ungerechtfertigten Preiserhöhungen, vorangehen sollen, will ein Antrag an die Landesregierung auf

Herabsetzung der Kraftfahrzeugzulassungsgebühren

besagen. Diese Gebühren sind in der letzten Zeit kurzerhand von 14 RM. auf 110 RM. für einen Wagen aus der Neuproduktion erhöht worden. Es sei ein guter alter Grundsatz der Verwaltung, daß Verwaltungsgebühren nur in der Höhe erhoben werden, in der sie tatsächlich entstehen, sagte dazu der Oberbürgermeister.

Während sich Ratsherr Klose dafür einsetzte, Volksbelustigungen und

Cirkusveranstaltungen auf dem Kesselbrink

in unbeschränkter Menge zuzulassen, bat Ratsherrin Frau Dr. Steinbiß, auf die Nerven der Anwohner Rücksicht zu nehmen. Die Ratsherren ermächtigten die Verwaltung, in jedem Jahre drei Cirkusveranstaltungen und drei Kirmessen auf dem Kesselbrink zuzulassen.

Ratsherr Horstkötter begründete die Notwendigkeit des Baues einer Flüchtlingsunterkunftsbaracke, die mit 96 Schlafstätten an der Walken-Mühle errichtet werden soll. Die Kosten in Höhe von 50 400 RM. können aus dem Etat des Flüchtlingsamtes bestritten werden. — Für das ausgeschiedene Mitglied des Entnazifizierungs-Hauptausschusses Seydel wurde Paul Hildebrand (Am Finkenbach 27) neu in den Ausschuß gewählt. — Für die Besetzung der bei der Bezirksregierung Detmold einzurichtenden Spruchstellen für Wohnungsangelegenheiten wurden je zwei Vertreter der Hauswirte und Mieter benannt.

Die Ratsherren beschlossen dann den Beitritt der Stadt zum Verein für Wasser-, Boden- und Lufthygiene E. V., ferner zum Verband der Gemeindewaldbesitzer in Westfalen, sowie den Erwerb der Mitgliedschaft im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters soll die Verwaltung feststellen und darüber berichten, in wievielen und welchen Vereinen, Verbänden usw. die Stadt Mitglied ist, welche Beitragsleistungen aus diesen Mitgliedschaften entstehen, welche Rechte damit verbunden sind, ferner in welchen Vereinen oder Verbände die Stadt früher Mitglied war, heute aber noch nicht wieder.

In der anschließenden geschlossenen Sitzung wurden Personalangelegenheiten behandelt.

Die Lebensmittelrationen vom 8. — 14. Dez. 1947

Belieferung der Kartenabschnitte. In der 109. ZP. dürfen nur die aufgerufenen, noch nicht belieferten Abschnitte der Karten der 108. Z.P. und die neu aufgerufenen der 109. Z.P. beliefert werden. Mit einer Belieferung von Kartenabschnitten älterer Zuteilungsperioden kann nicht mehr gerechnet werden. Abschnitte der Zusatzkarten 60—63 und 66—77 sind ohne besonderen Aufruf zu beliefern, jedoch nicht vor Beginn der aufgedruckten Woche.

Reisemarken. In der 109. Z.P. gelten nur die grünen Reisemarken mit dem Aufdruck Br-US 105—109 bzw. US 105—109.

Mehl. Auf die Brotabschnitte A und C der Karten 11, 12, 21, 22, 31, 32, die Brotabschnitte A und B der Karten 13, 14, 23, 24, 33 und 34, die Abschnitte II und IV über je 500 g Brot der Karten 15, 25, 35 und die Brotabschnitte III und IV der Karte 70 kann an Stelle von Brot, Mehl im Verhältnis 4:3 bezogen werden. Bei den Karten 47 und 48 kann auf sämtliche aufgerufenen Abschnitte wahlweise Mehl im Verhältnis 4:3 bezogen werden.

Dauerbackwaren. Zum Bezuge von Dauerbackwaren berechtigen die Zw.-Abschnitte der Karten 14—16, 24, 25, 34 und 35, die Brotabschnitte I über 1000 g der Karten 13, 23 und 33 sowie die Brotabschnitte I und II über je 500 g der Karte 70.

Weihnachtsgebäck. Bei den Karten 13, 14, 15, 23, 24, 25, 33, 34 und 35 kann auf die Klein-Abschnitte III wahlweise und nach Vorratslage an Stelle von 500 g Brot — 500 g Weihnachtsgbäck (Honigkuchen, Lebkuchen, Printen und ähnliches Gebäck) bezogen werden.

Kindergetreidenährmittel. Auf je drei zusammenhängende Nährmittelabschnitte Ia, IIa und IIIa bzw. Ib, IIb und IIIb der Karte 16 können wahlweise 750 g Kindergetreidenährmittel abgegeben werden.

Brot. Bei den Karten 13—15, 23—25, 33—35 werden auf die Brot-Kleinabschnitte III anstelle von 500 g Brot wahlweise und nach Vorratslage 500 g Weihnachtsgebäck (fettfreie Dauerbackwaren d. h. Honigkuchen, Lebkuchen, Printen und ähnl. Gebäck) geliefert.

Kaffee-Ersatz. Die Kaffee-Ersatzabschnitte der Karten 11—14, 21—24, 31—34, 41—44 und 70 sind mit je 125 g Kaffee-Ersatz zu beliefern. Die Kaffee-Ersatzabschnitte der Karten 15, 25, 35 und 45 sind ungültig.

Kinderstärkemehl, Kinderpuddingpulver. Auf die Abschnitte „Kinderpuddingpulver" der Karten 13, 23, 33, 14, 24, 34 und 44 sind je 250 g Kinderpuddingpulver auszugeben. Auf die Abschnitte „Kinderstärkemehl" der Karten 15, 25, 35, 45, 16 und 70 sind je 250 g Kinderstärkemehl auszugeben.

Fisch. Auf jeden der Abschnitte F 1 bis F 4, Reisemarken und Abschnitte der Krankenzusatzkarten 71 und 75 — letztere die doppelte Menge — sind je nach Vorratslage auszugeben: a) 125 g Fischfilet, Lachsheringe, Salzheringe, Bücklinge oder geräucherter Fisch, einschl Stückenfisch oder b) 100 g Marinaden oder Fischkonserven einschl. Anschovis oder c) 175 g Frischfisch ohne Kopf oder d) 187,5 g geräucherter Magerfisch, frische Heringe oder gefrorene Heringe oder e) 250 g Frischfisch mit Kopf und Schwanz.

Fleisch. Bei den Karten 11—15 und 21—25 sind die Kleinabschnitte A und B mit je 25 g Fleisch, insgesamt also mit 100 g zu beliefern.

Butter, Fett. Bei den Karten 11 der 108. ZP. werden die Abschnitte A mit 50 g Margarine, bei den Karten 12, 13, 14 und 15 die Abschnitte A und IV mit je 50 g Butter oder Butterschmalz, letzteres im Verhältnis 5:4, bei der Karte 16 die Abschnitte IIIa und IV mit je 50 g Butter beliefert. Bei den Arbeiterzusatzkarten 60—63 und 68 und 69 werden die Abschnitte der 4. Woche der 108. Z.P. mit Margarine in Höhe des Mengenaufdruckes, bei den Mütter- und Krankenzusatzkarten 70—77 werden die Abschnitte der 4. Woche der 108. ZP. mit Butter in Höhe des Mengenaufdruckes beliefert. b) Außerdem werden bei der Karte 11 der 109.ZP. die Kleinabschnitte mit zusammen 40 g Schmalz, bei den Karten 12, 13, 14 15 die Kleinabschnitte und der Abschnitt I mit zusammen 100 g Butter beliefert. Bei den Arbeiterzulagekarten 60—68 und 68—69 werden die Abschnitte der 1. Woche der 109.ZP. mit Schmalz im Verhältnis 5:4, die Abschnitte der Mütterkarte 70 der 1. Woche der 109. ZP mit Butter in der Aufrufmenge beliefert. Die Belieferung erfolgt nach Vorratslage. Es ist möglich, daß sich an einzelnen Orten die Belieferung bis in die 2. Woche hineinzieht. c) Reisemarken über 5 g und die gültig gestempelten Reisemarken über 50 g Butter werden nach Vorratslage beliefert.

Käse. Die über 62,5 g lautenden Abschnitte der Karten 11—14, 21—24, 31—34 und 41—44 sind zu beliefern im Regierungsbezirk Detmold (Minden) nur mit 62,5 g Sauermilchkäse oder (nach Vorratslage) mit 100 g Kochkäse oder 125 g Quark. Die Abschnitte der Zulagekarten werden mit Hart-, Weich- oder Schmelzkäse beliefert soweit Bestände beim Einzelhandel vorhanden sind. Auf Bezugscheine B soll grundsätzlich Hart-, Weich- oder Schmelzkäse geliefert werden.

Vollmilch. Die Vollmilchbestellscheine der Karten 14, 15, 16, 34, 35 und 70 werden mit dem vollen Rationsanspruch, die Krankenzusatzkarten 72, 73, 75, 76 und 77 sowie die Reisemarken über Milch mit der Hälfte des Aufdruckwertes.

Entrahmte Frischmilch wird in folgender Höhe geliefert: Karte 13, 300 g Magermilchpulver, entsprechend 3 Liter E-Milch; Karte 12, 200 g Magermilchpulver, entsprechend 2 Liter E-Milch. Karte 11, nach Anfall und nach voller Deckung der städt. Empfangsbetriebe 1 Liter E-Milch. c) An Leute über 70 Jahre kann keine Milch und kein Milchpulver zur Verteilung gelangen. Die Karte 79 ist ungültig.

Zucker. Alle Zucker- und Marmelade- bzw. Kunsthonig-Abschnitte dürfen von Beginn der Zuteilungsperiode an, nach Vorratslage beliefert werden.

Dieses wird auf Veranlassung des Landesernährungsamtes Nordrhein-Westfalen bekanntgegeben.

Stadt Bielefeld **Kreis Bielefeld**
Ernährungsämter Abt. B

Kartenkennzahl u. kennzeichen	Brot			Nährmittel		
	Gesamtration in der 109. Z.-P.	Gültig ab 1. Woche (8.12.47) Abschn.	Wert g	Gesamtration in der 109. Z.-P.	Gültig ab 1. Woche (8.12.47) Abschn.	Wert g
11, 21 31 E	10000	I* I A¹)	500 1000 1000	1250	A u. B** I	250 250
12 22 32 Jgd.	12500	I* I I A¹)	500 1000 500 1000	1250	A u. B** I	250 250
13 23 33 K	11000	I* I²) I A¹)	500 1000 500 1000	1250	A u. B** I	250 250
14 24 34 Klk	6000	I* I	500 1000	1250	A u. B** I	250 250
15, 25, 35 Kist	3000	I*) Ia²) Ib²)	500 200 200	1500	A u. B** I	250 250
16 Sgl	2000	Ia²) Ib²) IIa²) IIb²) IIc²)	200 200 200 200 200	1750	Ia⁴ IIa⁴ IIIa⁴	250 250 250
41-45 SV	—	—	—	250	I	250
47 SV	14400	I*¹) Ia¹) Ib¹) Ic¹) I¹)	400 1000 1000 1000 500	—	—	—
48 SV-K	7200	I*¹) I¹) I¹)	200 1000 500	—	—	—

Seife und Waschmittel

Laut Anordnung des Wirtschaftsministers des Landes Nordrhein-Westfalen, müssen alle Einzel- und Großhändler bis spätestens den 5. 12. 1947 ihre Bestände an Seife und Waschmittel beim zuständigen Wirtschaftsamt angeben und zwar unterteilt in: Gefüllte Einheitsseife, Schwimmeinheitsseife, Pilierte Feinseife, Schwimmfeinseife, Kernseife, Rasierseife in Stückzahl, Waschseifenpulver und Zusatzwaschmittel in kg. Die Bestandsmeldungen sind an jedem 1. eines Monats zu wiederholen und zwar erstmalig am 1. 1. 1948.

Stadt Bielefeld Landkreis Bielefeld
Wirtschaftsamt.

Neuer Kindergarten

in den Heeper Fichten.

Der städtische Kindergarten im Hause Carl Hoffmannstraße 18 (Heeper Fichten) wurde am 1. Dezember 1947 eröffnet. Anmeldung für den Besuch nimmt die Leiterin entgegen. Monatsgebühr beträgt 3 RM. Der Kindergarten ist geöffnet von 8—12 und 14—16 Uhr.

Nüchterne Tatsachen – nüchterne Betrachtungen

Fünf Entschließungen des Kreistages

In der Kreistagssitzung vom 25. November, über deren Verlauf in Nr. 39 des Amtlichen Mitteilungsblattes bereits berichtet worden ist, knüpfte sich an den Lagebericht des Landrats Specht eine längere Aussprache. Als erster nahm das Wort der

Abg. Deppermann: Der Bericht des Landrats entspricht der Stimmung des Monats, in dem wir leben: Novemberstimmung. Es war alles grau in grau bis auf die erfreulichen Schlußsätze am Ende des Berichtes. Trotzdem glaube ich, daß der Dichter des Volksliedes durchaus recht hat: „Auf jeden Dezember folgt wieder ein Mai". Wir aben uns auch trotz der schweren Notzeit das Wort des englischen Schatzministers Dalton zu eigen zu machen: „Es ist das größte Verbrechen eines Volkes, wenn es im Augenblick der Not verzweifelt." Gewiß, bei uns ist die Not in Permanenz zu Hause, und solche Aufgaben, die wir lösen können, sind noch nie einem Geschlecht gestellt worden. Darum, weil wir das Vermächtnis jener Verderber Deutschlands nicht wahrmachen wollen, deswegen stehe ich auf dem Standpunkt: und wenn die Not noch so groß ist, wir wollen als Kreistagsmitglieder zu unserem bescheidenen Anteil dazu beitragen, daß

das Vermächtnis Goebbels

nicht Wirklichkeit wird. Goebbels sagte in seinem Tagebuch: „Wenn uns der Sprung in die große Macht nicht gelingen sollte, dann wollen wir unseren Nachfolgern eine Erbschaft hinterlassen, an der sie selber zugrunde gehn sollen. Das Unglück muß so ungeheuer sein, daß sie nicht uns als die wahren Schuldigen für das Unglück verantwortlich machen, sondern die, die gezwungen sind, unsere traurige Erbschaft zu übernehmen, und das ist meine letzte Berechnung." Zynischer hat wohl noch nie ein Staatsmann gesprochen, und man kann über das Kapitel, das der Landrat zu Beginn seines Berichtes hier anschnitt, auch setzen: Es ist die Nazischuld, daß jene Menschen im Osten ihre Heimat verloren haben. Wir wissen,

das leidvollste Kapitel in der deutschen Tragödie

ist ganz zweifellos das Flüchtlingsproblem. Wir haben 24 000 Evakuierte und Flüchtlinge aufgenommen, und wir sind uns darüber klar, daß die Grenze des Erträglichen nicht nur erreicht, sondern weit überschritten ist. Wir sind uns auch weiter dessen bewußt, daß das gesamte Flüchtlingsproblem unter dem Motto stehen müßte: Wir verlangen und wünschen einen gerechten Lastenausgleich! Auf der Kreisebene haben wir die Verpflichtung, mit allem Ernst dafür zu kämpfen, daß den bisher eingewiesenen Flüchtlingen und Evakuierten weitgehendst geholfen wird. Es kann nur geholfen werden, wenn es uns endlich gelingt, auf dem Gebiete des Wohnungsbaues Ordnung zu schaffen. Es muß eine

lückenlose Erfassung der Baustoffe

durchgeführt werden. Vitamin- und sonstige Schwarzbauten müssen durch die Initiative der Kreisverwaltung unterbunden werden. Wir haben erlebt, daß halbzerstörte Wohnhäuser deswegen nicht fertiggestellt werden konnten, weil es an den nötigen Baustoffen mangelte. Wir haben aber auch erlebt, daß einzelne Bauherren wohl in der Lage gewesen sind, Baustoffe für ihre Wohnung zu beschaffen, daß sie den übrigen Teil ihres Hauses aber deswegen nicht ausbauten, weil damit die Gefahr verbunden war, Flüchtlinge mit aufnehmen zu müssen. Gegen solche Erscheinungsformen und gegen solch unsoziales Verhalten müssen wir schärfsten Protest einlegen. Die Kreisverwaltung muß die Möglichkeit haben, von sich aus dann an solchen Häusern die nötigen Bauarbeiten selbst durchführen zu lassen.

Wir haben in der vorletzten Kreistagssitzung einen Anrag eingebracht, einen schwarzgebauten Schuppen in Brackwede abzubrechen. Dieser Antrag geschah nicht deswegen, verbautes Baumaterial zu zerstören, sondern deswegen, um damit ein für allemal zu bekunden, daß wir nicht willens sind zuzugeben, daß jeder, der kompensieren kann, dem ordentlichen Wohnungsmarkt die Baustoffe wegnimmt. Der Herr Landrat hat darauf hingewiesen, daß auch

die Militärregierung Wohnhäuser beschlagnahmt

hat, aber das ist das Recht des Siegers. Unverständlich ist uns aber, daß Wohnhäuser von der Militärregierung beschlagnahmt wurden, die z. Zt. noch nicht einmal bewohnt sind. Solche Beschlagnahmungen von Wohnhäusern haben in anderen Kreisen und Städten einen viel größeren Umfang angenommen als im Landkreise Bielefeld. Ich weise darauf hin, daß z. B. in Oeynhausen hunderte von Häusern leerstehen, daß die Kanalisation zum Teil, da sie nicht benutzt wurde, im vergangenen Winter solch großen Schäden ausgesetzt war, daß wiederum viel Arbeitskräfte eingesetzt werden mußten, die diese Schäden beseitigten. Mag es ein Recht des Siegers sein — ich will dies nicht irgendwie zur Diskussion stellen —, aber es ist die Pflicht einer christlichen Nation, wenn sie über Obdach verfügt, auch denen Obdach zu geben, die obdachlos geworden sind. Ich weiß, daß auch eine

große Verantwortlichkeit bei den deutschen Stellen

liegt. Die Not der Bevölkerung wird durch unverständliche bürokratische Maßnahmen noch weiter erhöht, wenn man in Kreise, die keine Waren haben, Bezugsmarken schickt, und solche Kreise entblößt von Bezugsmarken, die in der Lage sind, kontingentierte Waren an unsere notleidende Bevölkerung herauszugeben. Wir haben von Herrn Landrat erfahren, daß landwirtschaftliche Berufskleidung in solche Gegenden gelenkt wurde, in denen wenig Landwirte sind. Alle diese unbegreiflichen Tatsachen haben eine außerordentliche Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen. Ich empfehle daher die Annahme der folgenden

Resolution.

„Der Kreistag bittet den Herrn Landrat, beim Wirtschaftsministerium zu erwirken, daß für die im Bereiche des Bezirkswirtschaftsamtes Bielefeld tatsächlich vorhandenen kontingentierten Bedarfsgegenstände sofort auch die erforderlichen Bezugsmarken zur Verfügung gestellt werden. Der Kreistag hat kein Verständnis dafür, daß in den Geschäften und auf Lagern kontingentierten Bedarfsgegenstände vorhanden sind und nur deshalb nicht an die notleidende Bevölkerung, insbesondere an Flüchtlinge ausgegeben werden können, weil die erforderlichen Bezugsmarken nicht zugeteilt werden. Der Kreistag führt diese Umstände auf falsche Lenkungsmaßnahmen zurück, die unnötigerweise weitere Unruhe und Unzufriedenheit in der Bevölkerung auslösen."

Ich halte es für außerordentlich verantwortungslos, wenn die zuständigen Stellen trotz vielfacher Hinweise, auch von mir als Landtagsabgeordnetem, bisher noch keine Veranlassung genommen haben, dem Bezirkswirtschaftsamt Bielefeld so viel Bezugsmarken zur Verfügung zu stellen, damit wir in der Lage sind, die in diesem Bezirk vorhandenen Bedarfsgegenstände herauszugeben. Ich erinnere daran, daß z. Zt. Ofenrohre in den verschiedenen Geschäften Bielefelds zu kaufen sind, daß aber die Käufer nicht in der Lage sind, Ofenrohre zu erwerben, weil das BWA nicht über die nötigen kontingentierten Bezugscheine verfügt. Es ist deshalb unsere Verantwortung als Kreistagsabgeordnete, auf diesen Mißstand außerordentlich scharf hinzuweisen.

Der Herr Landrat hat weiter in seinen Ausführungen auf das

Verhältnis zwischen Vertriebenen und Einheimischen

Bezug genommen. Ich möchte auch von dieser Stelle betonen, die Vertriebenen sind keine staatenlose Minderheit, sondern sie sind gleichberechtigte deutsche Staatsbürger. Es bedeutet die größte Schande für ein Volk, wenn es seine Armen und Enterbten im Stich läßt. Wenn alle Kreise sich so für das Los der Vertriebenen eingesetzt hätten wie die Landkreis Bielefeld mit seinen mehr als 24 000 Evakuierten, Ausgebombten und Flüchtlingen auf 71 000 Einheimische, dann bin ich der festen Ueberzeugung, würde hier an dieser Stelle über die Unterbringung der jetzt noch aufzunehmenden Flüchtlinge nicht gesprochen zu werden brauchen. Ich möchte daher auch dem Kreistag folgende

Resolution

meiner Partei zur Annahme unterbreiten:

„Der Kreistag von Bielefeld-Land hat davon Kenntnis genommen, daß weitere Vertriebene und insbesondere auch Schwarzgänger in den Landkreis Bielefeld auf Befehl der Militärregierung aufgenommen werden müssen. Er weist darauf hin, daß durch die bisherige Aufnahme von 24 105 Vertriebenen, Schwarzgängern und Evakuierten auf eine Bevölkerung von rund 71 000 der vorhandene Wohnraum bis zur alleräußersten Grenze des Erträglichen ausgelastet ist. Die Kommunalvertretungen und Verwaltungen des Landkreises sind trotz aller Bemühungen nicht in der Lage gewesen, alle Aufgenommenen wirklich menschenwürdig unterzubringen.

Im Interesse der Vertriebenen selbst sowie im Interesse der Bevölkerung erhebt der Kreistag Protest gegen weitere Zuweisungen. Es ist dem Kreistag bekannt, daß die französische Besatzungszone im Vergleich zu der britischen Zone weitaus unterbelegt und in der Lage ist, ohne Schwierigkeiten Tausende von Menschen aufzunehmen. Auch ist dem Kreistag bekannt, daß die Militärregierung noch Wohnräume beschlagnahmt hat, die noch nicht einmal belegt worden sind. Der Kreistag richtet daher die dringende Bitte an die Militärregierung, diesen Wohnraum für die Bevölkerung freizugeben. Sollte trotz dieses Protestes und trotz des ausdrücklichen Hinweises, daß keinerlei Wohnungseinrichtungsgegenstände z. Zt. für Vertriebene zur Verfügung stehen, der Landkreis Bielefeld dennoch gezwungen werden, weitere Vertriebene aufzunehmen, so lehnt er für alle Folgen, die sich aus der Durchführung dieser Maßnahme ergeben, die Verantwortung ab.

Der Kreistag ersucht die Kreisverwaltung, die Protest-Resolution zur Kenntnis der Militärregierung zu bringen."

So sehr wir die Verpflichtung haben, uns für die Vertriebenen einzusetzen, so weiß ich, daß es mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln nicht gelingen wird, diese Probleme zu lösen. Wir sind weiter von tiefster Sorge erfüllt, daß die große Unzufriedenheit, die dadurch in allen Schichten der Bevölkerung ausgelöst wird, dazu beitragen kann, daß in Deutschland wieder ein falscher Nationalismus Nahrung und Boden gewinnt. Selbstverständlich wird es keine deutsche Partei geben, die erklärt: wir erkennen an,

was im Osten geschieht.

Wir sind alle von dem Wunsche beseelt, durch unsere Tätigkeit auch im Kreistage dazu beizutragen, die Gesinnung unseres Volkes umzuformen, damit wir die friedliebendste Nation unter den Nationen werden. Wir sind weiter der Ueberzeugung, daß ein dauerhafter Frieden nicht aufgebaut werden kann, wenn man europäisches Land im Osten konfisziert. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine Revision dieser Grenzen nicht durch einen neuen Krieg hervorgerufen werden darf, denn der würde noch ein viel größeres Unglück über ganz Europa bringen, als es der letzte Krieg getan hat. Der Sieg der Vernunft durch eine europäische Konzeption, durch eine europäische Lösung, ist die einzigste Möglichkeit. Friedenswille und Friedensgesinnung sollen unser Beitrag sein für die Wiedergewinnung der Heimat aller derer, die durch Hitlers Schuld im Osten heimatlos geworden sind.

Abg. Kunze: Wenn Sie mir erlauben, an das anzuknüpfen, mit dem Herr Deppermann geendet hat, dann glaube ich, es gibt hier überhaupt keine Meinungsverschiedenheit unter Deutschen, die deutsch denken, und die deutsch fühlen. Es ist in allen Kundgebungen der Parteien, die in unseren westlichen Besatzungszonen zugelassen sind, und aller übrigen Parteien der Ostzone, mit Ausnahme der SED, Einmütigkeit darin immer wieder kund geworden, daß wir nichts anderes werden wollen, als

ein deutsches im Frieden lebendes Volk,

was seinen Beitrag zum Aufbau eines Friedens durch Arbeit und Fleiß leisten möchte. Es ist auch eine Einmütigkeit darüber vorhanden, daß wir nicht mehr von Flüchtlingen reden wollen, die da mehr oder weniger doch als deutsche Bürger, die Fremdlinge hier bei uns sind, angesehen werden. Auch meine Freunde haben sich mit dieser Frage befaßt. Auch wir beabsichtigen; zu dieser Frage dem Kreistag eine Entschließung vorzulegen.

Lassen Sie mich auf das, was der Herr Landrat gesagt hat, versuchen, kurz einzugehen und Ihnen zu sagen, wie wir zu diesen ganzen Fragen stehen. Zunächst eines vorweg. Der Bericht des Herrn Landrats hat uns das gegeben, was wir haben wollten; nüchterne sachliche Feststellungen jenseits aller Leidenschaften und jenseits aller Versprechungen. Eine Partei, die sich heute auftut und der Bevölkerung verspricht, daß sie Oefen, Wohnungen, Fleisch und Fett erhält, gewinnt die Massen eines verzweifelt hungernden und frierenden Volkes. Handelt aber so unverantwortlich, daß sie durch die Wirklichkeit der Entwicklung im Handumdrehen wieder weggefegt wird. Das ist das Gute an dem Bericht ders Herrn Landrats, daß er diesen

nüchternen Tatsachen,

mit denen wir rechnen müssen, in nüchterner Sprache Ausdruck gegeben hat. Wir danken

ihm dafür. Ich möchte sagen, daß ich durch den ganzen Bericht zu jedem einzelnen Punkt der Tagesordnung einen doppelten roten Faden hindurchgehen sehe, so daß wir feststellen können, zwei Linien stehen hier, in der Entscheidung vor uns. Die eine ist die Frage über den Einbau bisher noch nicht von der Volksvertretung kontrollierten Organe oder Verwaltungszweige in die innere Verwaltung. Ich sehe mit sehr großer Sorge allen Tendenzen, die Fragen, die unten gelöst werden müssen, zentral lösen zu wollen. Die Frage, ob Autos zugelassen werden sollen oder nicht, kann man nicht von Düsseldorf entscheiden, sondern nur hier. Darum müssen wir uns dieser Forderung anschließen, daß jeder versucht, die Verantwortung für Dinge, die hier entschieden werden müssen, uns zu nehmen, nicht weiter durchgeführt wird.

Der Sinn der Beschlüsse der Kreistage,

von denen der Herr Landrat berichtete, und an die Herr Deppermann anknüpfte, als von der Flüchtlingsunterbringung die Rede war, war ja der, endlich einmal den maßgebenden Stellen durch ein „Nein" zu sagen, daß wir nicht bereit sind, uns dazu herzugeben, deutsche Menschen wie das Vieh unterzubringen und deutsches Familienleben, welches allein die Grundlage des Wiederaufbaues werden kann, endgültig zu zerstören.

Der Abgeordnete Deppermann knüpfte an das Wort des „Staatsmannes Goebbels" an, wie er ihn wohl aus Versehen nannte, denn

Staatsmänner sind die Nazis nicht gewesen,

man möge über sie denken wie man will. Ich würde jedem Menschen, der heute noch irgendwelchen Glauben daran hat, daß die Nazis es doch besser gemacht hätten als es gekommen ist, sagen: „Sieh doch in die Geschichte aller Völker, dann siehst Du, daß man Aufbaupolitik niemals so treiben kann, wie die Nazis sie getrieben haben." Aber ich möchte anknüpfen an das Wort dieses vermeintlichen Staatsmannes Goebbels, der an einer anderen Stelle mal gesagt hat: „Wenn wir abgehen, werden wir die Tür mit einem hörbaren Ruck zuschlagen!" Ich möchte all den Männern, die einmal nationalsozialistisch gedacht haben, ob in ehrlichem Glauben, hier könnte etwas Gutes kommen, oder als Nutznießer eines Systems, dessen verbrecherische Grundhaltung sie schon hätten erkennen müssen oder erkannt hatten, aber doch mitmachten, sagen, wir geben den Glauben an die Zukunft unseres Volkes nicht auf, nicht nur, weil ein Volk, was solchen Glauben aufgibt, sich selbst aufgibt, sondern weil wir auch glauben, daß über dem Geschehen dieser Zeit der Wille eines allmächtigen Gottes steht, der jeden ehrlichen Fleiß, jedes ehrliche Schuldbekennen und jedes ehrliche Wiederaufbauen zu seiner Stunde nicht ohne Erfolg sein lassen wird. Wir stehen vor einem Winter, der ganz sicherlich in vielem noch dunkler und noch trüber sein wird als die Winter, die wir seit langen Jahren hinter uns haben. Eines möchte ich ganz deutlich aussprechen: nicht nur in unserem Volk,

in der ganzen Welt herrscht Angst.

Heute in dieser Stunde haben die vier Vertreter der alliierten Großmächte in London ihre Beratungen begonnen. Lassen Sie uns einen Augenblick daran denken, wie die Welt danach schreit, daß aus diesen Beratungen irgend etwas Positives herauskommen möchte. Es sind Idealisten oder Ideologen oder Narren, die glauben könnten, wenn der eiserne Vorhang fällt und der Gegensatz zwischen Sowjet-Rußland und den Westmächten endgültig sichtbar wird, daß dann der Anfang zu einem Neuen gelegt wäre. Wenn das das Schicksal dieser Konferenz sein würde, dann würde damit das Schicksal Deutschlands und das Schicksal Europas besiegelt sein. Deutschland darf weder sich orientieren nach dem Westen allein noch nach dem Osten allein. Deutschland hat sich der Aufgabe bewußt zu sein,

eine Brücke zu bilden.

Vergessen wir nicht, daß, wenn dieser eiserne Vorhang wirklich radikal fallen würde, Millionen und Abermillionen deutscher Kinder, Frauen und Männer jenseits dieses eisernen Vorhangs säßen, und daß damit weiteren Millionen, die jetzt bei uns sind, der Weg zur Heimat endgültig verschlossen sein würde. Die Auseinandersetzung ist nicht allein eine Auseinandersetzung zwischen Ost und West, sondern es dreht sich um

eine viel größere letzte Fragestellung.

Ich sagte, die Welt hat Angst. Wenn ich nur das Wort „Atombombe" ausspreche. Was bedeutet ein Krieg im Blick auf diese Vervollkommnung der Kriegswaffen! Wer so töricht ist zu glauben, es könnte durch einen Krieg eine Wende kommen, dem kann ich nicht helfen. Eines kann ich tun, meine letzte Kraft einsetzen, daß er nicht an die Macht kommt. Denn selbst wenn er persönlich glaubt, daß Beste damit zu tun, wird er genau das Unheil über uns und die Welt bringen, was die Nazis über uns gebracht haben. Wir müssen einmal auch in unserem Alltagsleben ernst machen mit solchen Erkenntnissen und daraus für den Alltag ganz nüchterne Konsequenzen ziehen, dann beginnen wir bei den Fragen der Erziehung, dann beginnen wir bei den Fragen der sittlichen Betrachtungen der Probleme, die uns täglich vor die Füße gelegt werden. Dann gewinnen alle Fragen, die wir verhandeln, ob es sich um Fragen der Entnazifizierung, um Fragen der Kontingentierung, um Fragen der Wirtschaftsordnung, des schulischen Aufbaus usw. handelt, einen ganz anderen Sinn. Und wenn wir an dem Punkte ein Stück miteinander gehen können, — und das ist das Schöne bei uns im Kreistag in der Arbeit, die uns unmittelbar aufgebürdet ist, daß wir unbeschadet der Zugehörigkeit zu den Parteien eins geblieben sind und, so Gott will, auch eins bleiben werden. Lassen Sie uns

einen deutschen Fehler

— damit will ich schließen — nicht wiederholen, daß wir aus irgendeinem Parteidogmatismus heraus glauben, bei jeder praktischen Frage grundsätzlich betonen zu müssen, daß wir anders denken als der andere. Das ist das Unheil der vergangenen Parteipolitik bis 1933 gewesen, an dem unser Volk zugrunde gegangen ist, an dem auch dieses unglückselige Dritte Reich gewachsen und emporgekommen ist. Viele Menschen, ich glaube, die meisten, haben das nicht gesehen, wo die tiefste Wurzel dieses Unheils lag. Es ist ja nicht so, als ob irgend eine große deutsche Bewegung, die eines Tages an die Oeffentlichkeit tritt, gestern entstanden wäre sondern sie kommt aus Wurzeln, die unter Umständen Generationen alt sind.

Wir stehen vor entscheidenden Grundfragen des Wiederaufbaus. Wir haben uns mit nüchternen Alltagsfragen zu befassen. Ich habe in meiner eigenen Arbeit, die nicht klein ist, einen einzigen Grundsatz, den ich mich täglich mühe, zu verwirklichen: alles zu tun, damit die Menschen lebendig durch den Winter kommen und alles zu lassen, was nicht nötig ist, um diese Frage zu lösen. Unser hungerndes Volk und unsere obdachlosen Brüder und Schwestern aus dem Osten haben kein Verständnis dafür, wenn wir in die große Linie der Wiederaufbaupolitik hineingehen und ihnen nicht einmal ein Ofenrohr oder einen Kochtopf liefern, statt daß wir uns ehrlich mühen, ihnen das für das Alltagsleben Notwendige zu verschaffen. Wir schulden ihnen aber auch eine Wahrheit, denn das ist kein verantwortungsbewußter Staatsmann oder Politiker, möge er in der kleinsten Gemeinde als Gemeinderatsmitglied tätig sein oder Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen:

Wer nicht die Wahrheit sagt,

macht sich schuldig an unserem Volke. Und deshalb stimme ich dem zu, was Herr Deppermann sagte. Wir wollen mit großem Ernst auch sagen: „Die Grenzen müssen so überwacht werden, daß es unmöglich wird, sie schwarz zu überschreiten, damit bekannt wird, es sind Grenzen da, die wir nicht überschreiten können." Wir können es nicht verantworten, daß nun planlos der Strom von Schwarzgängern aus der russischen Zone kommt und es gelingt, den Versuch einer Ordnung hier in unserem Lande dadurch zu zerstören. Das würde die Zerstörung des restlichen Deutschlands bedeuten, aus dem der Wiederaufbau kommen muß und wird.

Abg. Frau Landgraf erläuterte anschließend eindringlich die im Landkreise Bielefeld herrschende Wohnungsnot. Sie wies auf die ungeheuren Gefahren hin, die durch eine zu enge Belegung und durch die Zusammenpferchung vieler Menschen auf kleinstem Raum für die Erziehung der Kinder, deren Gesundheit und Fortbestand des Familienlebens entstehen. Zur Behebung der Wohnungsnot sei es unbedingt erforderlich, daß

der Zustrom von Flüchtlingen unterbunden

werde. Die einmal in die britische Zone gekommenen Flüchtlinge könnten nicht zurückgeschickt werden, denn dies würde ihre Verbannung oder ihr Ende bedeuten. Als wirksames Mittel bezeichnete die Abgeordnete die Abschließung der Grenze und damit die Verhinderung des Uebertritts von Schwarzgängern. Sie bat daher den Kreistag, folgenden Entschließung anzunehmen:

„Der Kreistag wolle beschließen, die englische Militärbehörde zu bitten, ihren ganzen Einfluß bei dem Interalliierten Kontrollrat in Berlin dahingehend geltend zu machen, daß der Zustrom neuer Flüchtlinge an der Zonengrenze wirkungsvoll unterbunden wird, da es fernerhin unmöglich sein wird, weitere Menschen in unsere zerstörten Wohnbezirke aufzunehmen."

Ferner forderte die Abg. Frau Landgraf die Aktivierung des Wohnungsbauprogramms und eine erhöhte Zuweisung von Kohlen an die Bauindustrie. Sie erklärte, daß die deutsche Kohlenleitung eindringlichst auf diese Notwendigkeit hingewiesen werden müsse und bat daher um Annahme folgender Entschließung:

„Der Kreistag wolle beschließen, einen dringlichen Antrag bei der neu eingerichteten deutschen Kohlenleitung — Essen einzureichen auf wesentlich erhöhte Kohlenzuteilung für die Bauwirtschaft, da die unbeschreibliche Wohnungsnot Einheimische sowohl wie Flüchtlinge in jeder Beziehung zu ersticken droht und allen Lebensmut vernichten muß, falls nicht neue Wohnungen erstellt werden können."

Abg. Fissenewert forderte im Verlauf seiner Ausführungen eine strenge Erfassung der Baustoffe und eine Beschlagnahme der nicht für den Wohnungsbau vorgesehenen Baubmaterialien. Zu solcher Maßnahmen habe der Wiederaufbauminister seine Zustimmung gegeben, und man müsse den Mut haben, auch zu solchen Maßnahmen zu greifen, selbst auf die Gefahr hin, sich hierdurch unpopulär zu machen. Zur Flüchtlingsfrage forderte der Abgeordnete gleichfalls die Verhinderung des Zustroms weiterer Flüchtlinge und darüber hinaus eine gerechte gleichmäßige Verteilung des vorhandenen Wohnraums. Ferner stellte er die Notwendigkeit heraus, auf Grund der bisherigen Erfahrungen eine bessere Erfassung und Verteilung auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft und außerdem eine scharfe Kontrolle der Produktion der Bedarfsgüter einzurichten. Um die Kompensationsgeschäfte in der Landwirtschaft zu verhindern, bestehe durchaus die Möglichkeit, den Bauern und Landwirten die von ihnen benötigten Geräte und Einrichtungen zuzuweisen.

Abg. Generotzky wandte sich gegen die beabsichtigte Schaffung von Sonderbehörden und wies auf den Vorteil der Selbstverwaltung und Vertretungskörperschaften hin. Er bat den Kreistag um Annahme einer Entschließung, die sich gegen die Absicht wendet,

die Straßenverkehrsämter als Sonderbehörde

einzurichten: Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die Kreisverwaltung wird beauftragt, bei den zuständigen Stellen gegen alle Absichten Einspruch zu erheben, die Straßenverkehrsämter als Sonderbehörde einzurichten. Es ist dem demokratischen Aufbau unseres Staates nicht förderlich, wenn Sonderbehörden unkontrollierbar durch Vertretungskörperschaften ein eigenes Dasein führen. Wenn die gewählte Vertretung die Verantwortung übernehmen soll, so ist sie dazu nur dann in der Lage, wenn sie auf allen Sektoren des Verwaltungs-Lebens die Behörden entsprechend kontrollieren und beeinflussen kann. Sonderbehörden aber stehen außerhalb der parlamentarischen Kontrolle. Es ist daher nicht nur die Neueinrichtung von Sonderbehörden zu verwerfen, sondern darüber hinaus ein weitgehender Abbau bereits bestehender Sonderbehörden unbedingt erforderlich."

Auf Vorschlag des Abg. Kunze wurde dann über alle dem Kreistag vorgelegten Entschließungen abgestimmt. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme sämtlicher Entschließungen. Der Kreisausschuß wurde beauftragt, die zum Teil die gleichen Forderungen aufstellenden Entschließungen zu überarbeiten und sie an die zuständigen Stellen zu leiten.

Aus Raumgründen mußte der restliche Teil des Sitzungsberichtes für die nächste Ausgabe des A. M. zurückgestellt werden.

Das Schulamt

der Stadt Bielefeld gibt bekannt: Sämtliche Turn-, Sport- und Gymnastiklehrer (innen), die im Besitz des Lehrbefähigungszeugnisses eines staatlich anerkannten Instituts sind, werden hiermit gebeten, sich beim Schulamt, Gymnasium, Nebelswall 1, zu melden. Erforderliche Angaben: Name und Vorname, Anschrift, Lehrer in welcher Sportart, Beschäftigt als Freiberuflich oder als Sportlehrer(in) tätig?, Besitzer eines Unterrichtserlaubnisscheines oder nicht? Bericht bis spätestens zum 10. Dezember 1947 erbeten.

Registr. b. Wirtschaftsministerium NRW - B IIIa - 17 Nr. 43/46 v. 27/X 47 — Lizenzträger: Arthur Ladebeck, Bielefeld. Für den Inhalt verantwortlich: Presseamt der Stadtverwaltung (für alle städtischen Veröffentlichungen) und die Kreisverwaltung (für die Veröffentlichungen des Landkr.) Druck und Vertr.: J. D. Küster Nachf., Bielefeld